

Roman Zitzelsberger

Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



Mündlicher Geschäftsbericht

zur 66. Ordentlichen Bezirkskonferenz

der IG Metall Baden-Württemberg am 24. Juni 2015

Stadthalle Sindelfingen

Gerechtigkeit - Demokratie - Zukunft

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

„Gerechtigkeit, Demokratie, Zukunft“. So lautet das Motto der diesjährigen Bezirkskonferenz. Gerechtigkeit und Demokratie kann es nur mit starken Gewerkschaften geben. Zukunft hingegen gibt es immer. Dafür zu sorgen, dass diese auch erstrebenswert ist, soll unser Auftrag sein.

Wie wir diesen erfüllen, darauf gehe ich im Folgenden ein. Beginne aus gegebenen Anlass mit der Landespolitik, streife dann kurz die Bundesebene und schließe mit unseren ureigenen Handlungsfeldern. Konkret: Die Gestaltung von Lebens- und Arbeitsbedingungen im Betrieb und in der Fläche.

Anrede,

allmählich laufen sich die Parteien für den Landtagswahlkampf 2016 warm.

Offene Personalfragen (Spitzenkandidaten) haben sie im Rahmen von Mitgliederbefragungen und Parteitagen (Krönungsmessen) geklärt, zögerlich erste thematische Spuren gelegt.

Die öffentliche Resonanz darauf blieb bislang bescheiden. Das ist bei Landtagswahlen nicht weiter ungewöhnlich. Deren heiße Phase beginnt im Regelfall erst wenige Wochen vor dem Urnengang.

Wie auch immer ... wir müssen wir uns frühzeitig mit diesem politischen Großereignis beschäftigen. Denn – und hier decken sich Umfragen mit meiner persönlichen Einschätzung – es wird eng.

Lasst mich zunächst kurz auf die Wahl 2011 zurückblicken.

Drei Ergebnisse waren damals besonders auffallend und erklärungsbedürftig:

1. Die dramatischen Verluste der alten etablierten Parteien CDU, SPD und FDP,
2. Die außerordentlich hohen Gewinne der Grünen und
3. Die Steigerung der Wahlbeteiligung im zweistelligen Prozentbereich (absolut erhielt bis auf die FDP jede Partei mehr Stimmen als bei der Wahl 2006).

In aller Kürze bleibt festzuhalten:

Mehrere heftig umstrittene Themen wie der Atomausstieg (Fukushima) und Stuttgart 21 sowie ein stark polarisierender Ministerpräsident haben maßgeblich zu einer hohen Mobilisierung beigetragen.

Zur Mobilisierung einer Wählerschaft, deren Bindungen zu den Altparteien sich über die Jahre deutlich gelockert haben.

Mit dem allseits bekannten Ausgang.

Anrede,

die Wahl 2016 wird – aller Voraussicht nach – unter anderen Vorzeichen stattfinden: Ohne „Aufreger-Themen“, ohne Wechselstimmung“.

Die Wahl wird darüber entscheiden, ob grün-rot ein weiteres Mandat erhält. Wer Politik im Land gestaltet, wer unsere Interessen im Bundesrat vertritt.

Das alles darf uns nicht gleichgültig sein.
Deshalb mischen wir uns in den Wahlkampf ein.

Es geht uns dabei um Inhalte. Und um das Grundsätzliche.

Es geht uns um Anerkennung als legitime Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Um Mitsprache, die wir darauf begründen.

Es geht es um ein wirtschaftlich starkes, ökologisch nachhaltiges und sozial integratives Baden-Württemberg.

Es geht uns um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die uns unsere Arbeit machen lassen.

Empfehlungen („Blanko-Schecks“) von oder gar Forderungen nach bestimmten Koalitionen wie „schwarz-grün“ überlassen wir dabei gerne den Arbeitgebern (Südwestmetall).

Denn diese sind offensichtlich schlauer als wir und wissen schon heute – ohne Kenntnis nicht vorhandener Wahlprogramme – was das Beste für sie, für das Land ist.

Was natürlich leichter fällt, wenn man Partikularinteressen zum Allgemeinwohl erhebt.

Anrede,

wir müssen uns eine einfache Frage beantworten:

Konkret: Folgte 2011 dem Macht- auch ein Politikwechsel? Und wenn ja, stimmt die eingeschlagene Richtung?

Oder vielleicht präziser: Wurden die auf Landesebene vorhandenen Spielräume genutzt, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in den Feldern Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Soziales usw. anzugehen.

Mein Fazit gegen Ende der Legislaturperiode lautet:

- Es wurde regiert, nicht verwaltet.
- Viele Entscheidungen verdienen das Prädikat „Politikwechsel“.
- Wesentliche Reformen sind gut für das Land, gut für die Beschäftigten, gut für die IG Metall.
- Und ja, manches – und auch dies gehört zu einer ehrlichen Gesamtbilanz – geht uns nicht weit genug, kam zu spät, erfordert weitere Korrekturen, blieb unvollständig.

Lasst mich dies anhand einiger Beispiele erläutern.

Eine der zentralen „Kampfzonen“ des Wahlkampfes wird die Bildungspolitik sein (originäre Zuständigkeit der Länder).

Dieser martialische Begriff erscheint gerechtfertigt. Denn CDU und FDP versuchen eine Art Kulturkampf anzuzetteln. Um die Eltern mit einer Mischung aus Übertreibungen und Falschaussagen zu verunsichern.

Dies alles verdient es nicht wiederholt zu werden (ich finde es allerdings mehr als bedenklich, wenn – wie letzten Sonntag in Stuttgart – CDU Politiker gemeinsam mit AfD’lern als Sittenwächter der Republik auftreten).

Ich halte hingegen fest:

- Nach Jahrzehnten als Schulversuch erhält die Ganztageschule endlich offiziell den Status einer Regelschule;
- Das Schulsystem wird schrittweise auf ein Zwei-Säulen-System umgestellt (Gymnasium und Gemeinschaftsschule). Das kommt unserer Forderung nach „einer guten Schule für alle“, schon recht nahe;
- Die Finanzierung der Universitäten und Hochschulen wurde auf eine dauerhaft tragfähige Basis gestellt, die Studiengebühren abgeschafft, das unsägliche Leitbild der „unternehmerischen Hochschule beerdigt“;
- Das sog. strukturelle Defizit (Ausfallstunden) an den Berufsschulen wurde weiter abgebaut. Auch wenn ich nicht verschweigen möchte, dass gerade dieser Bereich mehr Ressourcen benötigt.

In Summe: Das Spiel im Bereich der Bildung ist gut aufgebaut, jetzt müssen noch die Tore fallen.

Eingelocht hat die Koalition in Sachen Bildungszeit, wenn auch nach einigen Querpässen ohne Raumgewinn im Mittelfeld.

Aber das ist Geschichte. Und soll Geschichte bleiben.

Um es an dieser Stelle klar und unmissverständlich zu sagen: Wer meint, er könne nach der Wahl dieses Gesetz wieder einkassieren, der hat einen Gegner mehr.

Heute Nachmittag werden wir das Thema Bildungszeit ausführlicher bearbeiten.

Denn es liegt nun an uns dafür zu sorgen, dass aus formalen Ansprüchen sinnvolle, gelebte Praxis wird.

Deshalb an dieser Stelle nur ein Satz: Wir werden die neuen Rahmenbedingungen nutzen, um unsere Bildungsangebote auszuweiten.

Anrede,

uns war schon immer klar: Ohne Industrie geht es nicht.

Aus dieser einfachen Erkenntnis erwächst eine Verantwortung: Die Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft Entwicklungs- und Produktionsstandort von hochwertigen Gütern bleibt.

Damit eine Schrittmacherfunktion für hochwertige Dienstleistungen einnimmt.

Dies sicherzustellen ist auch Aufgabe der Landesregierung, wohlwissend, dass die Einflussmöglichkeiten der Politik an Grenzen stoßen.

Grenzen finanzieller Natur und rechtlicher Natur. Ganz zu schweigen davon, dass man zunächst wissen sollte, wo eigentlich konkretes Handeln besonders dringlich erscheint.

Deshalb begrüße ich die dialogorientierte Wirtschaftspolitik, die sich das Ziel gesetzt hat, gemeinsam mit allen Stakeholdern zentrale Herausforderungen zu identifizieren und Handlungsstrategien daraus abzuleiten.

Nun kann man einwenden: Reden allein bringt uns auch nicht weiter.

Ja, das stimmt.

Aber es macht schon einen Unterschied,

- ob ein Dialog auf Augenhöhe stattfindet oder Beteiligung nur simuliert wird;
- ob die zuständigen Einzelgewerkschaften einbezogen werden und nicht allein der DGB als „Feigenblatt“ zu Legitimationszwecken;
- ob über Industrialisierungsperspektiven diskutiert wird oder „nur“ über Forschung und Entwicklung;
- ob Fragen der Arbeitsgestaltung frühzeitig in den Themenspeicher fließen, oder nur als abhängige Randgröße betrachtet werden.

Wir sind nicht nur dabei, sondern mittendrin.

Bei den Branchendialogen zum Maschinen- und Fahrzeugbau, der Allianz Industrie 4.0, im Steuerkreis des Schaufensters Elektromobilität oder auch im Beirat der Landesregierung für Nachhaltige Entwicklung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ich will das deutlich sagen: Mehr Dialog auf Augenhöhe geht nicht.

Gute Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik wird zumindest nicht daran scheitern, dass die Herausforderungen – auf die ich später noch näher eingehen werde – im Dunkeln bleiben.

Wir haben Mitsprache eingefordert. Jetzt haben wir sie. Sie trägt inzwischen Früchte. Sie darf nicht zur Episode werden, wenn am 13. März die Wahllokale schließen.

Anrede,

ein weiteres Thema bei der anstehenden Landtagswahl ist die Haushalts- oder Finanzpolitik.

Man muss kein Hellseher sein, um die Grobstruktur der Debatte zu erahnen: Die jeweils anderen können nicht mit Geld umgehen, verbraten unsinnig Steuergelder, haben kein finanzpolitisches Konzept.

Kurzum: Irrlichtern ohne Kompass umher.

Ich finde, wir müssen uns da einbringen. Ohne in Anspruch zu nehmen, jede einzelne Haushaltskennziffer zu bewerten.

Unsere Position ist recht schlicht:

1. Alle Gebietskörperschaften müssen mehr investieren.
2. Die öffentlichen Defizite sind im wesentlichen Spiegelbild nicht eingezogener Steuern.
3. Investitionen über Schulden sind unter Umständen sinnvoll, auf Dauer aber kein Ersatz für eine gerechte und leistungsfähige Ausgestaltung des Steuersystems.

Nun ist das Land mangels originärer Zuständigkeit nicht unbedingt der richtige Adressat, wenn es um die Einnahmeseite geht.

Salopp formuliert wird es die Grunderwerbssteuer nicht richten können.

Hinzu kommt, dass ein Großteil der Ausgaben gesetzlich festgelegt ist (Personal). Und freibleibende Mittel schnell schrumpfen, wenn z.B. Flüchtlingen halbwegs humane Bedingungen geboten werden (was das Land tut).

Die von abgelehnte und im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die 2020 in Kraft tritt, ist eine weitere Restriktion.

Die Logik, die Ausgabenseite stärker in den Blick zu nehmen, ist vor dem Hintergrund des Gesagten zumindest nachvollziehbar.

Es ist ein Gebot der Fairness, dies zunächst zur Kenntnis zu nehmen.

Das heißt auch: Der seitens der Landesregierung verfolgte Dreiklang aus „Konsolidieren“, „Investieren“ und „Sanieren“ ist aus meiner Sicht richtig.

Allerdings unter dem Vorbehalt, dass für die Gestaltung der Zukunft auch tatsächlich Geld in die Hand genommen wird. Dies scheint, so mein Eindruck, durchaus der Fall zu sein.

Gegen den Sanierungsstau nimmt das Land bis 2016 zusätzlich eine halbe Mrd. EUR in die Hand. Für Straßen, Schienen, schnelles Internet usw.

Die Landesregierung legt zudem mit der geplanten Nettonull 2016 zum dritten Mal nach 2011 und 2012 einen ausgeglichenen Haushalt vor (zugegebenermaßen bei konjunkturellem Rückenwind).

Das mag nicht jeder der Anwesenden angesichts der vielfältigen Herausforderungen als Erfolg werten (ggf. sogar als kontraproduktiv).

Aber: Ich kann mir gerade in Baden-Württemberg keinen Wahlkampf vorstellen, der eine Regierung mit dem Argument in Bedrängnis bringt, sie habe nicht ausreichend Löcher im Haushalt hinterlassen.

So oder so: Der Vorwurf, Grün-Rot sei eine Schuldentruppe, ist offensichtlich grober Unfug.

Anrede,

nun ist es nicht so, dass ich mit der Finanzpolitik restlos zufrieden wäre. So findet sich im Koalitionsvertrag folgende Passage:

„Wir unterstützen im Bundesrat Initiativen zur stärkeren Beteiligung von großen Privatvermögen zur Finanzierung von Landesaufgaben“

Davon ist nicht viel geblieben. Oder treffender nichts. Ohne in Details einsteigen zu wollen: Ohne eine stärkere Beteiligung hoher Vermögen kommen wir nicht aus der Defensive. Verharren wir in der Mangelverwaltung.

Dies gilt im Übrigen auch für die Erbschaftssteuer. Niemand will den vielzitierten Mittelstand enteignen, Arbeitsplätze vernichten. Die Politik muss aber differenzieren können: Zwischen interessengeleitetem Geschrei einerseits und sachlichen Erwägungen andererseits.

Dass der Bundesfinanzminister in dieser Sache von der hiesigen Koalition rechts überholt wird, sehe ich kritisch. Und füge hinzu: Das Bundesverfassungsgericht hoffentlich auch.

Anrede,

es gibt eine Vielzahl weiterer Punkte, die ich im Rahmen meiner Bilanz von Grün-Rot noch erwähnen könnte.

Stellvertretend genannt seien das Tariftreuegesetz (welches im Kern ein Mindestlohnvergabegesetz ist, da kein Tarifvertrag in seiner Reichweite verlängert wird) sowie die Novelle des Personalvertretungsgesetz (betrifft uns als IG Metall nicht, ist aber trotzdem wichtig).

Auch im Bereich der Umweltpolitik sind – im Rahmen der Möglichkeiten – wichtige Beschlüsse gefasst, wie z.B. das Klimaschutzgesetz oder die Einführung von Nachhaltigkeitsindikatoren.

Jetzt gilt es von Seiten des Landes darauf hinzuwirken, dass die Energiewende auch ökonomisch ein Erfolg wird. Denn nur dann wird sie Nachahmer finden und global gesehen zur Erreichung des 2. Grad Ziels beitragen (ggf. Hinweis auf konventionellen Kraftwerksbau).

Ich will Eure Geduld nicht überstrapazieren.

Deshalb nur noch ein Punkt, der mir sehr am Herzen liegt. 2011 gab es einen Politikwechsel, weil die Bürgerinnen und Bürger sich in die Wahllokale aufgemacht haben.

Wir sollten dafür werben, dass die Menschen von ihrem demokratischen Grundrecht rege Gebrauch machen.

Wir sollten dem weit verbreiteten Eindruck, Wahlen würden eh keinen Unterschied machen, entschieden entgegen treten (indem wir Alternativen deutlich machen).

Wir sollten klar machen, dass Nichtwählen im Zweifelsfall diejenigen Parteien stärkt, die man schwach sehen möchte.

Wir sollten mit der Botschaft ins Land ziehen, dass eine soziale Politik niemals möglich ist, wenn am Wahltag ausgerechnet diejenigen auf dem Sofa hocken bleiben, die am meisten auf eine solche angewiesen sind ...

Anrede,

richten wir den Blick nach Berlin.

Der Mindestlohn ist eingeführt. Gesunken ist seitdem nicht etwa die Zahl der Beschäftigten, sondern die der Aufstocker (-45.000).

Mit der abschlagfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren wurde eine Ausstiegsoption für diejenigen geschaffen, die auf ein langes Erwerbsleben zurückblicken können (auch Verbesserungen in der EM Rente).

Arbeitgeber, Teile der Unionsparteien und eine stattliche Zahl von „Mietmüllern“ aus der Wirtschaft sehen nun angesichts dieser Reformen unseren – oder sollte ich sagen ihren – Wohlstand bedroht.

Und stricken an der Legende, es seien jetzt aber genug Geschenke an die Arbeitnehmer/innen (Gewerkschaften) verteilt worden.

Weshalb in Sachen Leiharbeit und Werkverträge der Ball nun ganz flach gehalten werden müsse. Nach dem Motto: Jetzt ist aber die Wirtschaft an der Reihe.

Gefordert wird ein „Belastungsmoratorium“. Sowie die rasche Umsetzung der sogenannten „Bürokratiebremse“ nach dem „one in, one out“ Prinzip.

Für jedes Ressort wird ein Bürokratiekonto eingeführt, das am Ende der Legislaturperiode auf Null stehen soll (geht am einfachsten, wenn man gar nichts macht ...).

Ich will das nicht weiter ausführen. Aber eines ist uns allen klar. Im Kern geht es dabei gar nicht um Bürokratie.

Sondern um die verfahrenstechnische Verankerung von Deregulierungsprozessen, gerade im Bereich der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung.

Großbritannien – nicht gerade bekannt als Heimat der Arbeitnehmerrechte – ist in dieser Hinsicht der Vorreiter: Dort gilt „one in, two out“. Und selbst dabei wird es wohl nicht bleiben.

Anrede,

TTIP, Griechenland, Flüchtlingspolitik, Ukraine-Krise, Arbeitsstättenverordnung ... so lauten nur einige Probleme und Herausforderungen, die uns zu einer politischen Positionierung zwingen.

Darauf näher einzugehen, würde den zeitlichen Rahmen meiner Rede endgültig sprengen. Ein kurzer Überflug würde keinem der Themen auch nur annähernd gerecht.

All diese Themen sind aber Gegenstand der Debatten auf dem Gewerkschaftstag. Und dort auch gut aufgehoben. Denn sie betreffen zunächst einmal die sogenannte große Politik und erfordern eine gemeinsame Haltung der IG Metall.

Natürlich haben wir uns aktiv in die Diskussionen im Vorfeld des Gewerkschaftstags eingemischt (60 Anträge aus BaWü), wie z.B. bei der Forderung nach neuen Arbeitskampfkonzepten (3 stufig).

Eine Forderung, die in unserem Sinne in der Entschließung 2 des Vorstandes eingeflossen ist.

Etwas näher eingehen möchte ich an dieser Stelle auf zwei der insgesamt 6 Leitanträge des Vorstandes. Leitanträge, die auch Forderungen an die Politik enthalten, die bereits Gegenstand der aktuellen politischen Auseinandersetzung sind.

Sie lauten:

- (1) Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

(2) Industrielle Dienstleistungen, Outsourcing, Werkverträge und veränderte Wertschöpfungsketten

Warum diese Leitanträge wichtig sind, bedarf in diesem Saal eigentlich keiner weiteren Erläuterung.

Ich springe daher gleich zu den zentralen Forderungen und Beschlüssen.

Im Bereich der Alterssicherung soll die bisherige Kampagne fortgeführt werden. Einige zentrale Kernpunkte sind die

- Stabilisierung des Rentenniveaus und perspektivisch dessen Anhebung;
- Die Wiederankoppelung der Renten an die Einkommensentwicklung;
- Die Ermöglichung flexibler Übergänge (auch via Tarifverträgen) durch öffentliche Förderung;
- Eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente;
- Ein Arbeitgeberobligatorium in der betrieblichen Altersvorsorge mit einem verpflichtenden Arbeitgeberanteil sowie auf lange Sicht
- die Überführung des jetzigen Systems in eine Erwerbstätigenversicherung.

Wir als IG Metall bleiben dabei: Wer Jahrzehntlang gearbeitet und eingezahlt hat, der muss von seinen Ansprüchen im Alter auch in Würde leben können. Darunter machen wir es nicht!

Die Reform der Alterssicherung droht allerdings ins Leere zu laufen, wenn wir nicht Ordnung am Arbeitsmarkt schaffen. Das ist keine Option von vielen, sondern die eine zum Scheitern.

Unser oberstes Ziel in Sachen Fremdvergabe und Outsourcing ist beides zu verhindern. Das wird manchmal klappen, häufig aber auch nicht.

Es muss daher – auf einen kurzen Nenner gebracht – gelingen, Outsourcing tarifpolitisch abzusichern (gute Standards) sowie Werkvertragsunternehmen organisationspolitisch zu erschließen.

Parallel dazu gilt es eine kritische Öffentlichkeit herzustellen (anlog Leiharbeit) und Druck auf den Gesetzgeber zu machen.

Letzteres um Missbrauch effektiv zu unterbinden und die Rechte der betrieblichen Interessenvertretungen zu stärken (wir erwarten darüber hinaus, dass die Bestimmungen des Koalitionsvertrages zur Leiharbeit als erster Schritt 1:1 umgesetzt werden).

Fest steht: Die Zergliederung der Produktions- und Wertschöpfungsprozesse schreitet fort. Darauf die passenden Antworten zu finden, ist Pflicht, niemals Kür.

Die betrieblichen Aktionstage am 24.09 und 07.10 werden in dieser Hinsicht ein starkes Signal setzen, dessen bin ich mir sicher. Sie sind gewissermaßen Auftakt zur heißen Phase dieses Konflikts.

Ich möchte Euch schon heute bitten, für eine gute, ja überwältigende Beteiligung zu sorgen.

Anrede,

das war jetzt ein schneller Überflug über zwei wichtige Themen des Gewerkschaftstages.

Nichts davon ist im Konkreten in Granit gemeißelt. Nichts davon ist beschlossen, solange der Gewerkschaftstag nicht darüber entschieden hat.

Ergänzungen sind möglich, gewollt, hilfreich. Ich für meinen Teil freue mich auf die Antragsberatung. Die anstehenden Debatten.

Denn wir können dort – ohne Übertreibung – über unser eigenes Schicksal als Organisation sowie über die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen von Kolleginnen und Kollegen entscheiden.

Etwas Besseres kann ich mir kaum vorstellen ...

Anrede,

ich komme nun zu den für uns zentralen Mühen der Ebene. Zu der Tarif-, Betriebs-, und Organisationspolitik.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat von Siemens-Chef Joe Kaeser angesichts des geplanten neuerlichen Personalabbaus in Deutschland. Die Kritik der IG Metall hat Kaeser mit den Worten kommentiert: Er frage sich in welcher Welt solche Gewerkschafter leben, Zitat: „In unserer sicher nicht.“

Das Zitat stammt von Anfang Juni, an einer von der IG Metall initiierten Protestaktion wenige Tage später haben sich bundesweit über 6000 Beschäftigte beteiligt, im Bezirk zum Beispiel am Standort Karlsruhe.

Gegen solche Angriffe – ob bei Siemens oder anderswo – müssen wir uns zwingend zur Wehr setzen. Im Zuge von Ausgliederungen

oder Zukäufen planen aktuell zahlreiche Betriebe, tarifliche Standards zu unterlaufen und/oder Arbeitsplätze zu reduzieren – die Namen Alstom, Bosch Automotive Steering, Mahle und Marquard stehen dabei nur exemplarisch für einen allgemeinen Trend.

Damit werden wir uns in nächster Zeit öfter beschäftigen müssen. Wir sind die Interessenvertretung der Beschäftigten, wir müssen es schaffen, dass die Sorgen und Befürchtungen der Beschäftigten ernstgenommen werden und Gehör finden. Damit in Deutschland auch in Zukunft sichere Arbeit zu fairen Bedingungen möglich ist.

Und Herr Kaeser: Es ist nun mal unsere Welt, nicht Ihre!

Anrede,

lasst mich zunächst ein paar Worte zur jüngsten Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie sagen.

Im November 2014 hat die Große Tarifkommission einstimmig die drei Forderungen nach 5,5 Prozent mehr Entgelt, Verbesserungen bei der Altersteilzeit und den Einstieg in eine neue Bildungsteilzeit beschlossen.

Mit diesem Paket sind wir Mitte Januar angetreten, der Pilotabschluss vom 24. Februar 2015 ist Euch allen bekannt.

Wie bei jeder Tarifrunde ist das Ergebnis ein Kompromiss, allerdings einer, der sich sehen lassen kann. Es ist uns nicht nur gelungen, die Altersteilzeitregeln zu verbessern, an die neue Rentengesetzgebung 63/45 anzupassen und ATZ langfristig abzusichern.

Erstmals bietet unser Tarifvertrag zur Qualifizierung mit der Bildungsteilzeit Beschäftigten die Chance, sich für Weiterbildungen nicht nur freustellen, sondern – analog zum ATZ-Modell – zusätzlich von ihrem Arbeitgeber finanziell fördern zu lassen.

Last but not least haben die vereinbarte Entgelterhöhung von 3,4 Prozent zum April 2015 und die vorherigen 150 Euro Einmalzahlung den Beschäftigten ein reales Einkommensplus beschert.

Und dazu beigetragen, dass der private Konsum als wichtigster Konjunkturmotor weiter rund läuft – die aktuellen Wachstumszahlen beweisen das.

Anrede,

ohne Euch wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen.

In der knapp vier Wochen dauernden heißen Phase der Tarifrunde haben sich in Baden-Württemberg mehr als 285.000 Metallerinnen und Metaller in über 1100 betrieblichen Aktionen für unsere Forderungen stark gemacht. Wie das aussah – seht selbst!

Im Ergebnis war das einer der beeindruckendsten Warnstreiks der vergangenen Jahre – in punkto Teilnehmerzahlen ebenso wie bezüglich Dauer und der Intensität der Aktionen.

Und auch wenn die Arbeitgebervertreter hier im Raum dies vermutlich weniger gern hören – wir haben es auch geschafft, in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Das Presseecho zum Tarifabschluss 2015 hat uns zum großen Teil in unserem Erfolg bestärkt.

Das ist ein Erfolg in unserer, dieser Welt, der einmal mehr eines deutlich macht: Gemeinsamer Einsatz für Verbesserungen trägt Früchte!

Anrede,

die eigentliche Arbeit liegt aber noch vor uns. In den nächsten Wochen und Monaten gilt es, die Errungenschaften aus dem Tarifabschluss in die Betriebe zu tragen und für die Beschäftigten erlebbar zu machen.

Was heißt das konkret? Bestehende Betriebsvereinbarungen zur ATZ müssen überprüft und hinsichtlich erzielter Verbesserungen – etwa für untere Entgeltgruppen - angepasst werden. Zum Thema Weiterbildung sollten viele neue Vereinbarungen geschlossen werden, die Ausgelernten ebenso wie langjährig Beschäftigten Zeit und Geld für Qualifizierung zugestehen.

Zudem brauchen wir spezielle Fortbildungen für An- und Ungelernte, die es ihnen ermöglichen, mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten und diesen als künftige Fachkraft mitzugestalten. Auch das haben wir mit den Arbeitgebern verabredet (WeGebau).

Anrede,

Ihr seid jetzt gefragt. Im vergangenen Herbst haben wir mit BEAT! – die Kurzform für Bessere Arbeitstage - eine Initiative gestartet, die sichtbar und nachprüfbar bessere Arbeitsbedingungen zum Ziel hat.

Und zwar ausdrücklich mit dem Zusatz versehen „powered by IG Metall“. Wir wollen in den Betrieben langfristig als DIE Kompetenzträger für eine ganzheitliche und nachhaltige Personal- und Arbeitspolitik wahrgenommen werden.

Diese Initiative ist die logische Konsequenz aus unserer großen Befragung von 2013, in der fast 150.000 Beschäftigte aus Baden-Württemberg gesagt haben, wo sie bei der Arbeit der Schuh drückt.

Zu den fünf meistgenannten Problemfeldern gehören auch die Themen berufliche Entwicklung und Altersteilzeit.

Ich wünsche mir, dass ihr gemeinsam mit Betriebsräten, Jugendvertretern, Vertrauensleuten, Schwerbehindertenvertretern und Betriebsbetreuern der IG Metall überlegt, wie sich unsere Tarifverträge zu diesen beiden Themen in Eurem jeweiligen Betrieb am Besten in die Praxis umsetzen lassen.

Über die BEAT-Plattform im Internet könnt Ihr Euch gegenseitig über eure Fortschritte austauschen, einander Tipps geben und Eure Erfolge dokumentieren, zur Nachahmung empfehlen.

Fest steht: Der Einsatz in der Tarifrunde 2015 zahlt sich erst dann aus, wenn es uns gelingt, die Arbeitstage der Beschäftigten durch viele neue Betriebsvereinbarungen tagtäglich spürbar zu verbessern!

Anrede,

bevor ich auf weitere betriebs- und organisationspolitische Herausforderungen in der nahen Zukunft eingehe, möchte ich einen Blick auf unsere anderen Branchen werfen.

In allen haben wir in den vergangenen zwölf Monaten ordentliche Entgelterhöhungen für die Beschäftigten ausgehandelt. Details dazu findet Ihr im schriftlichen Geschäftsbericht.

Lasst mich aus Zeitgründen nur ein paar Highlights nennen: Vom Tarifabschluss für die Edelmetall-Industrie und einer Entgelterhöhung von 3,4 Prozent profitieren erstmals auch Studierende an Dualen Hochschulen – auch in anderen Branchen streben wir das seit langem an.

Beschäftigte im Kfz-Handwerk bekommen in zwei Stufen erst 3 und später weitere 2,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Zuvor hatten mehr als 3000 Beschäftigte in über 80 Betrieben im Südwesten mit Warnstreiks Druck gemacht. Das waren die einzigen Proteste in der Branche überhaupt.

Auch in Holz- und Kunststoff-Betrieben, in der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Elektrohandwerk sind mehrere Hundert IG Metall-Mitglieder für ihren berechtigten Anspruch auf eine angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Branchen auf die Straße gegangen. Das Ergebnis, das sagte ich schon, kann sich überall sehen lassen.

Anrede,

die Warnstreik-Beteiligung war gut, vielerorts hervorragend – sie lässt sich aber weiter steigern. Der Anteil der Produktionsarbeiter in unseren Betrieben schrumpft oder stagniert bestenfalls, dagegen nimmt der Anteil an Entwicklern, Ingenieuren und Kaufleuten zu.

Damit wir auch künftig handlungsfähig und durchsetzungsstark bleiben, muss es uns gelingen, diese Beschäftigtengruppen als Mitglieder zu gewinnen und in unsere Warnstreiks einzubinden.

Klar ist: Von Trillerpfeifen, Schals und Transparenten – den nach wie vor klassischen Ausdrucksformen unseres Protests – lassen sich viele Büro-Angestellte oder Ingenieure leider nicht mitreißen.

Deshalb haben wir bereits in der abgelaufenen Tarifrunde ein Beteiligungskonzept in Headquartern und F+E-Zentren mit alternativen Protestformen für diese Zielgruppen ausprobiert. Diese Erfahrungen werden wir für die Planung kommender Tarifrunden nutzen und weiter führen.

Was will ich damit sagen? Wir müssen kreativer werden – in der Ansprache neuer Beschäftigtengruppen und auch in der Art und Weise unseres Widerstands.

Die Folie, die Ihr gerade seht, möchte ich dabei ausdrücklich als symptomatisch für anstehende Veränderungen und nicht als zur Nachahmung empfohlen wissen!

Trotzdem ist die Botschaft dieses Bildes unmissverständlich und in unserem Sinne: Jung, weiblich, kreativ – auch das ist IG Metall!

Anrede,

die IG Metall ist immer nur so stark wie ihre Mitglieder. Allein aus Demografie-Gründen müssen wir bei der Mitgliedergewinnung deutlich besser werden.

Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in ein paar Jahren in den Ruhestand – die entsprechende Alterskurve samt den potenziellen Folgen habe ich bereits auf der Bezirkskonferenz 2014 aufgelegt.

Die gute Nachricht damals wie heute ist: Potenzial in den Betrieben gibt es genug!

Mehr als 750.000 Beschäftigte in unseren Branchen (Betriebe > 50 Beschäftigte) sind nach wie vor unorganisiert. Das größte Potenzial in Baden-Württemberg liegt bei den 20- bis 44-Jährigen, über 500.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte dieses Alters sind noch kein IG Metall-Mitglied.

Vor einem Jahr habe ich Euch einen Aktionsplan versprochen, mit dem wir das Thema Mitgliedergewinnung langfristig strategisch angehen wollen.

Heute stelle ich Euch diesen Plan vor. Schon in wenigen Wochen wird unser **Gemeinsames Erschließungsprojekt** im Bezirk – abgekürzt durch die Buchstaben GEP – die Arbeit aufnehmen.

In den kommenden neun Jahren werden (wollen?) wir mithilfe von GEP rund 40.000 Mitglieder zusätzlich gewinnen. Dazu hat der Bezirk 20 neue Erschließungs-Sekretärinnen und Sekretäre eingestellt. Die in Zusammenarbeit mit Erschließungs-Beauftragten in den Verwaltungsstellen neue gewerkschaftliche Strukturen aufbauen und bisherige stabilisieren sollen.

Dazu haben wir den Bezirk in vier verwaltungsstellenübergreifende Teams aufgeteilt.

Die GEP-Projektleitung besteht ebenfalls aus vier Kollegen und wird die entsprechenden Teams anleiten.

All dies geschieht in engem Kontakt und Austausch zu den Verwaltungsstellen und den dortigen Beschäftigten.

Das Ziel von GEP lautet nicht, unter wenigen Organizing-Spezialisten Herrschaftswissen anzuhäufen, sondern - im Gegenteil - den Wissenstransfer so durchlässig wie möglich zu gestalten.

Anrede,

um Missverständnisse zu vermeiden: Das GEP schließt eine zusätzliche Lücke. Die „normale“ Mitgliederarbeit dürfen wir darüber aber nicht vergessen.

Dabei hatten wir zuletzt durchaus Erfolg: 2014 war mit über 25.800 Eintritten das beste Jahr bei den Neuaufnahmen seit 1993, die Austritte und Streichungen lagen ebenfalls auf dem niedrigsten Stand seit 21 Jahren.

Ende Mai 2015 hatte der Bezirk deutlich mehr Gesamt- und Betriebsangehörige Mitglieder als vor Jahresfrist, (+ 1,3, bzw. + 0,8 Prozent).

Die Neuaufnahmen liegen aktuell um fast 2000 über dem Vorjahr, allerdings haben aktuell auch die Austritte und Streichungen deutlich zugenommen.

Unser Ziel ist, auch 2015 mit einem Zuwachs abzuschließen und zum Jahresende im Südwesten erneut mehr Mitglieder zu haben.

Das wäre das vierte Wachstumsjahr in Folge bei den Gesamtmitgliedern. Allerdings sind auch dafür zusätzliche Werbe-Anstrengungen notwendig – beispielsweise unter Ferienjobbern, Leiharbeitern und Werkvertrags-Beschäftigten in Logistik-Firmen.

Damit komme ich – leider wie schon letztes Jahr - zum Wermutstropfen in unserer Mitgliederbilanz. Nunmehr das vierte Jahr in Folge ist es uns nicht gelungen, mindestens 50 Prozent eines Azubi-Jahrgangs für uns zu gewinnen.

Der Organisationsgrad im aktuellen Jahrgang 2014/2015 liegt derzeit knapp über 44 Prozent.

An der Wand seht ihr, wie weit die einzelnen Verwaltungsstellen noch von der 50-Prozent-Marke entfernt sind.

Lediglich sieben haben diese Marke Stand heute überschritten.

Der Organisationsgrad bei den Azubis variiert zwischen 20 und knapp 80 Prozent, die meisten Verwaltungsstellen erreichen um die 40 Prozent.

Das macht mir insofern immer mehr Sorge, da wir uns bereits 2014 vorgenommen hatten, die Werbeanstrengungen unter Auszubildenden zu intensivieren.

Ohne erfolgreiche Jugendarbeit werden wir unsere heutige Stärke in den Betrieben auf keinen Fall halten können.

Deshalb haben die Bevollmächtigten und die Jugendsekretäre der Verwaltungsstellen dieses Jahr Schwerpunkt-, Entwicklungs- und Kontaktbetriebe definiert und ihr Ansprache-Konzept mit entsprechenden Prioritäten versehen.

Zusätzliche Ansprache-Trainings bis zum Herbst tragen hoffentlich dazu bei, dass es mit dem neuen Azubi-Jahrgang besser läuft.

Trotzdem nochmal mein eindringlicher Appell an alle haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen: Unterstützt die Jugendsekretäre der Verwaltungsstellen bestmöglich bei Ihrer Arbeit!

Die Jugend ist unsere Zukunft! Ohne Jugend haben wir keine!

Anrede,

vor uns liegen gute, aber nicht minder herausfordernde Zeiten.

Globalisierung, Digitalisierung und neue Produktionstrends wie die Echtzeit-Vernetzung von Mensch, Maschine und Produkt – bekannt unter dem Schlagwort Industrie 4.0 – stellen uns und unsere Belegschaften vor große Herausforderungen.

Einerseits tun wir gut daran, diese Trends mitzugehen.

Nur wenn Waren, Güter und Dienstleistungen „made in Germany“ und in Baden-Württemberg wettbewerbsfähig bleiben, kann der hiesige Industriestandort seine weltweite Voreiterrolle halten und weiter ausbauen.

Andererseits müssen wir dafür sorgen, dass auch in der Fabrik 4.0 unter humanen und gestaltbaren Bedingungen gearbeitet wird und sich die Beschäftigten zwischen Werkbank, Computer und Roboter zurechtfinden.

Klar ist: Auch in Zukunft müssen Arbeitszeit und -umfang Grenzen haben und durch Mitbestimmung geregelt werden.

Auf keinen Fall darf sich der Mensch der Technologie unterordnen müssen. Und je höher das Arbeitstempo und je flexibler der Produktionsprozess, umso eigenständiger müssen die Beschäftigten über ihre Zeit bestimmen können.

Daraus leiten wir den Anspruch ab, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die sich an der Lebenswirklichkeit des Einzelnen orientieren. Modelle, die Arbeit und Privatleben miteinander in Einklang bringen und ein gesundes Arbeiten bis ins Alter ermöglichen.

Zur Erinnerung: In unserer Beschäftigtenbefragung wünschte sich jeder Zweite, vorübergehend weniger arbeiten zu können und somit mehr Zeit für die Familie zu haben. Acht von zehn Beschäftigten würden ihre Arbeit gern kurzfristig an private Bedürfnisse anpassen.

Deshalb ist es richtig, dass es zum Gewerkschaftstag einen Leitantrag zum Themenkomplex Arbeitszeit gibt.

Vielleicht haben wir in der Vergangenheit dieses wichtige Gestaltungsfeld etwas schleifen lassen. Die Realitäten in Betrieb und Gesellschaft erfordern jetzt aber eine neue Zündstufe der Debatte, einen neuen Anlauf in unserem Tun.

Wir müssen Arbeitszeitpolitik als originäres (sichtbares) Handlungsfeld der IG Metall zurückgewinnen.

Zentrale Eckpunkte dabei sind:

- Alle Zeiten müssen erfasst und auch vergütet werden;
- Zeitsouveränität muss sich stärker an den Bedürfnissen und Lebenslagen der Beschäftigten orientieren;
- Der Entgrenzung von Arbeitszeit muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Das wird sich – wie die anderen Herausforderungen auch – nur gemeinsam mit den Belegschaften bewältigen lassen.

Neue Arbeitszeitmodelle sind eines der großen Themen der nächsten Jahre – natürlich in Kombination mit dem anstehenden Wandel der Industrie. Auch wenn Letzterer noch Jahre entfernt scheint - jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um sich darauf vorzubereiten.

Anrede,

Ich habe es bereits letztes Jahr gesagt und wiederhole es gerne wieder: Die IG Metall ist eine starke Organisation. Diese Stärke müssen wir pflegen und ausbauen.

Indem wir auf die betrieblichen, tariflichen und organisationspolitischen Herausforderungen, die ich in der letzten Stunde geschildert habe, die passenden Antworten und Lösungen finden.

Indem wir uns in die Politik einmischen.

Indem wir unsere eigentliche Aufgabe nie aus den Augen verlieren und konsequent verfolgen: Die tiefe betriebliche Verankerung, die konsequente Beteiligung unserer gegenwärtigen und potenziellen Mitglieder, der Ausbau von Einfluss und Mitbestimmung.

Immer mit dem Ziel, die Arbeitswelt in Gänze ebenso wie die Arbeitsbedingungen in den Betrieben bis zum einzelnen Arbeitsplatz im Sinne der Beschäftigten zu verbessern.

Gelingt uns das, wird die Zukunft gerechter und demokratischer, um das Motto der Bezirkskonferenz ein letztes Mal aufzugreifen.

In diesem Sinne - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.